

der in den CHT lebenden indigenen Völker statt. Die Konferenz, an der 70 Delegierte aus 20 Ländern teilnahmen, identifizierte als Konfliktursachen unter anderem die fehlende Anerkennung der Minderheitenvölker durch die Verfassung, die Anwesenheit einer großen Zahl bengalischer Siedler als Teil der Ansiedlungspolitik der vergangenen Regierungen, eine Militarisierung der CHT sowie das Fehlen einer tragfähigen Autonomievereinbarung für die CHT.

Große Besorgnis herrschte über das weitere Verschwinden von Kalpana Chakma, die bereits im Sommer vergangenen Jahres entführt wurde. Die Konferenz empfiehlt den beiden Streitparteien, der Regierung in Dhaka und den Repräsentanten der 'Jumma people', die 'Jana Samhati Samity' (JSS), die Einladung eines unabhängigen Vermittlers sowie die Einrichtung einer, auch internationale Experten einschließenden, Kommission, um Rehabilitationsprogramme auszuarbeiten, um den jetzt noch in den CHT ansässigen bengalischen Siedlern zu helfen. Letzteres ist bereits von der regierenden 'Awami League' abgelehnt worden. Diskussionen sind derzeit nur in der Frage eines Siedlungsstopps möglich.

Rohingyas zurück nach Myanmar

Ende März verließen unter der Aufsicht bangladeschischer Regierungsvertreter und Mitarbeitern des Flüchtlingswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) 637 Rohingya-Flüchtlinge Bangladesh und kehrten nach Myanmar (Burma) zu-

rück. Über 22.000 Rohingya-Flüchtlinge halten sich weiterhin im Cox's Bazar Distrikt in Bangladesh auf.

'Special Powers Act' bleibt

"Es stellt sich nicht die Frage, ob der Special Powers Act' (SPA) während unserer Regierungszeit abgeschafft wird, da alle bisherigen Regierungen es als notwendiges Instrument zur Führung der Amtsgeschäfte betrachteten", so Premierministerin Sheikh Hasina Wajed während einer Parlamentssitzung. Das von ihr während der langen Oppositionszeit als "black law" bezeichnete und erst im Januar vom US-Außenministerium in dessen Menschenrechtsbericht 1996 angeprangerte Gesetz ermöglicht es, ohne Anklageerhebung oder Gerichtsverhandlung eine Person für die Dauer von 30 Tagen festzunehmen, "with a view to preventing him from doing any prejudicial act". Was darunter zu verstehen ist, wird sowohl breit als auch unspezifisch in acht Abschnitten niedergelegt. Allen unter dem SPA inhaftierten Schmugglern, Dieben und Unruhestiftern oder auch Unschuldigen ist gemein, daß ihr Schicksal im Ungewissen liegt.

Das nun unter dem Rubrum "politischer Pragmatismus" ausgegebene Gesetz besteht bereits seit Februar 1974 und wurde in der Regierungszeit des damaligen Premierministers Sheikh Mujibur Rahman, Vater der heutigen Premierministerin, erlassen. Seitdem sind viele tausend Bangladeshi verhaftet worden; nicht alle verließen das Ge-

fängnis wieder lebendig. Zuletzt wurden vier hochkarätige Führer der 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP) unter dem SPA verhaftet. Nun spricht die BNP von "jungle law".

Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der Unabhängigkeit

In Anwesenheit der drei Staatspräsidenten Yasser Arafat, Nelson Mandela und Suleyman Demirel begann Bangladesh am 26. März offiziell den 25. Jahrestag seiner Unabhängigkeit. Im Mittelpunkt der Feierlichkeiten stand die Einsetzung des "ewiges Lichts" (Sikha Chirantan) im Suhrawardi Park in Dhaka durch Premierministerin Sheikh Hasina. Bereits am 16. Dezember vergangenen Jahres hatten Feierlichkeiten zur Unabhängigkeit stattgefunden, dies ist der Tag der pakistanischen Kapitulation. Am 26. März 1971 hatte Zia ur Rahman die Unabhängigkeit Ostpakistans erklärt und damit den neun Monate langen blutigen Befreiungskrieg eröffnet.

Grameen Telekom neuer Telekommunikationsspezialist

Seit Ende März ist ein Schwesterunternehmen der bekannten Grameen Bank im Telekommunikationsbereich tätig. 'Grameen Telekom' hat zusammen mit Partnern aus Norwegen, Japan und den USA 'Grameen Phone' ins Leben gerufen, um landesweit Dienstleistungen im Telekommunikationsbereich anbieten zu können.

Kommentar:

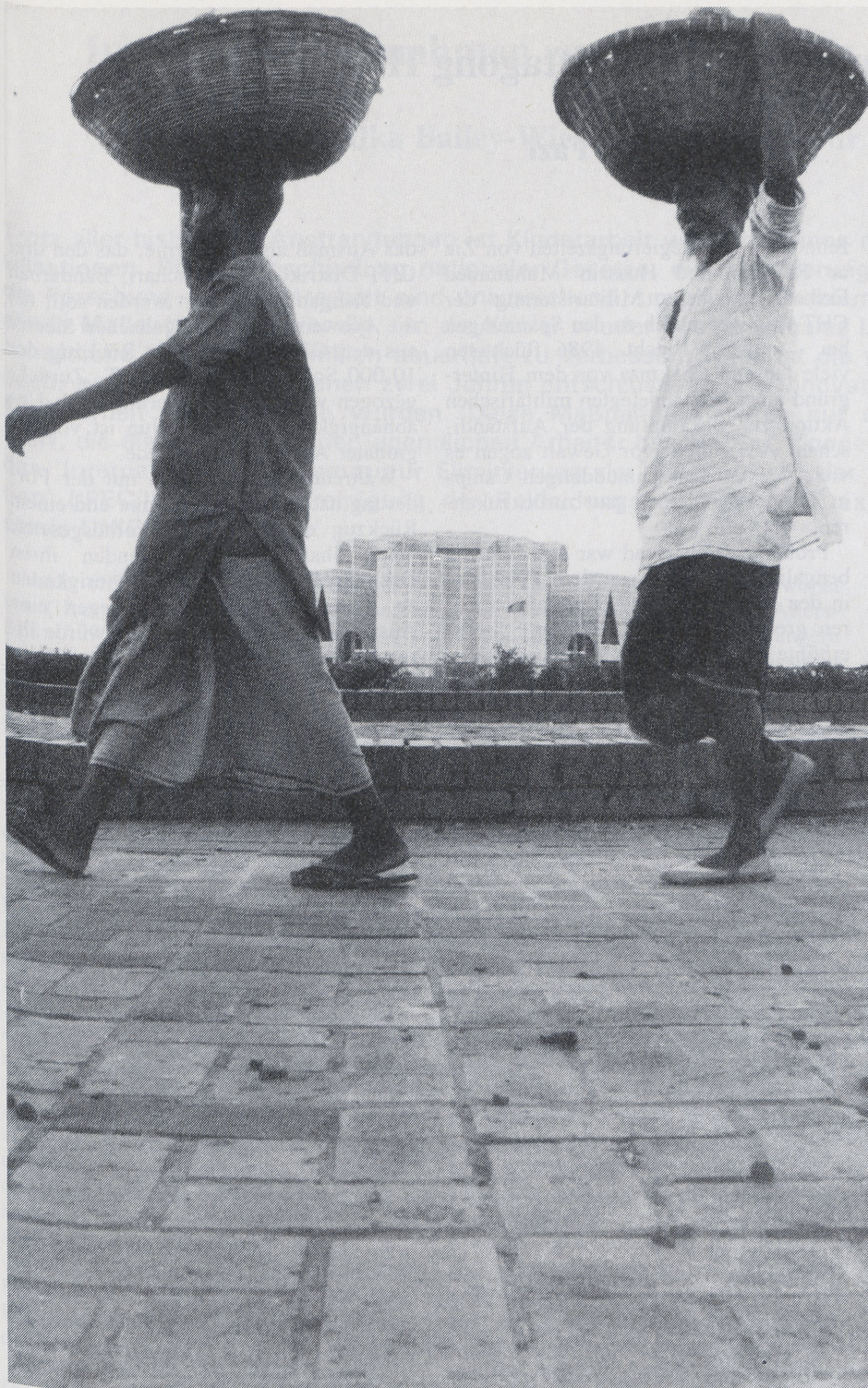
Opponieren oder destruieren

Glaubt man der 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP), so macht die seit Juni 1996 mit der Regierungsrolle beauftragte 'Awami League' (AL) alles falsch. Die AL habe es nicht geschafft, die Menschen mit dem Notwendigsten zu versorgen, vor allem mit Lebensmitteln, Wasser und Strom. Die Wirtschaft und hier insbesondere der Industriesektor sei zerstört. Der Farakka-Vertrag sei eine Farce und schreibe die Abhängigkeit des Landes von den Launen Indiens fest. Die Verhandlungen mit den Stammesführern aus den 'Chittagong Hill Tracts' seien de facto das Vorspiel zur Aushandigung der Bergregion an Indien. Überhaupt Indien: Nun gehe die AL sogar soweit, den Indern den Transit durch Bangladesh zu gestatten, damit sie schneller Waffen und Truppen in die

nordöstlichen Bundesstaaten bringen könnten. Die angeregte subregionale Kooperation zwischen Nepal, Bhutan, Bangladesh und den nordostindischen Bundesstaaten sei nur eine andere Form der indischen Dominanz.

Der Klagen noch nicht genug: Im Inneren greife die AL zu Methoden der Repression und des Terrorismus, unter denen man bereits in den Jahren 1972 bis 1975, der Regierungszeit Mujibur Rahmans, gelitten habe.

Nach dieser vernichtenden Bestandsaufnahme kommt die BNP zu dem Schluß, handeln zu müssen. Man greift zu dem beliebten Mittel des Generalstreiks (Hartal), das bereits von der AL in den Jahren 1994-96 bis zur allgemeinen Erschöpfung eingesetzt wurde.



Die Abgeordneten im Parlament - im Hintergrund - sollten sich um die Belange des Volkes kümmern (Foto: Walter Keller)

Die AL hatte letztlich politischen Erfolg, allerdings zu einem hohen Preis. Nachdem die BNP bereits im vergangenen Jahr für mehrere Wochen dem Parlament ferngeblieben war, auch dies kennt man von der AL, rief sie am 23. März zum Generalstreik auf und kündigte gleich weitere Maßnahmen an.

Nun hat die BNP im Gegensatz zur AL in deren "wildem" Oppositionsjahren gleich zwei Probleme. Sie hat kein Programm, zumindest keines, das sich von dem der AL grundlegend unterscheidet, wäre sie denn an der Regierung, und ihren Kampagnen fehlt es an

Massenwirkung. Beides hängt miteinander zusammen.

Es war nicht die AL, sondern die BNP, die bis 1996 recht aktiv, indes erfolglos mit der indischen Seite über die Frage der Wasserkontrolle verhandelte. Daß nun ein Vertrag vorliegt, darf als ein Erfolg gewertet werden, auch wenn es schon wieder Unstimmigkeiten gibt (siehe entsprechende Meldung in diesem Heft). Welche Alternativen hat Bangladesh, außer zu verhandeln, Verträge zu unterzeichnen und zu hoffen, daß sie eingehalten werden - etwa Krieg führen? Auch auf dem diplomatischen Parkett gab es bislang wenig Unterstützung für Bangladesh. Indiens Stimme ist gewichtiger, ob man es will oder nicht.

Ähnliches gilt für die Themen 'Asian Highway', 'Subregional Cooperation' oder 'Transit'. Eine weitergehende Kooperation mit Indien und den anderen südasiatischen Staaten liegt im Interesse Bangladeshs. Die BNP hat dies zu ihrer Regierungszeit erkannt, Zia ur Rahman, ermordeter Ehemann der heutigen Oppositionsführerin, war einer der Initiatoren der 'South Asian Association for Regional Cooperation (SAARC). Eine subregionale Kooperation soll ja keine Alternative zu SAARC bedeuten, sondern deren Vertiefung vorantreiben. Der Elektrizitätsmangel ist ein Problem, aber ist es ein neues? Der Düngemittelskandal 1994/95 würde sicherlich mehr Stoff für Politikversagen hergeben, doch da regierte die BNP noch das Land.

In ihrem Frust über die verlorenen Parlamentswahlen steigert sich die BNP in eine "haut auf die AL"-Stimmung hinein und riskiert mit Vorwürfen, wie den oben genannten, sich der Lächerlichkeit preiszugeben. Dabei leistet die AL beileibe keine glänzende Regierungsarbeit. Bangabandhu Kult (als "Bangabandhu" wird Staatsgründer Sheikh Mujibur Rahman bezeichnet), Medienpolitik, 'Special Powers Act' sind nur drei Bereiche, die durchaus zu kritisieren wären und wo Oppositionsarbeit geleistet werden kann und muß. Doch sollte sich die BNP differenzieren mit diesen Dingen beschäftigen, statt mit Pauschalurteilen den wahren Kern der Klage zu verwischen. Daß dies der BNP nicht gelingt, merken auch die meisten Bürger und deshalb fehlt es ihr an Massenwirkung.

(Martin Peter Houscht)